



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Markus (Tessa) Ganserer, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Europäisch denken – Strategie gegen Lieferengpässe für eine verlässliche und sichere Arzneimittelversorgung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf der europäischen Ebene für eine europäische Strategie gegen Lieferengpässe einzusetzen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 soll dazu genutzt werden, die Themenkomplexe Lieferengpässe bei Arzneimitteln und Arzneimittelproduktion in der EU zu diskutieren und europäische Maßnahmen zu beschließen, mit dem Ziel, die Arzneimittel-Produktionen wieder zu stärken und die Versorgung – insbesondere mit lebensnotwendigen Arzneimitteln – so auch langfristig sicherzustellen.

Weiterhin wird die Staatsregierung aufgefordert, sich dafür im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu bemühen, dass Anreize entwickelt werden, um vor allem Wirkstoffproduktionen wieder vermehrt in der EU anzusiedeln. Dabei soll ein Schwerpunkt auf die für Pharmaunternehmen weniger lukrative Herstellung von Impfstoffen und Antibiotika, insbesondere wegen ihrer Bedeutung für die öffentliche Gesundheit, gelegt werden. Geprüft und diskutiert werden muss zudem, ob neue und innovative Vergütungsmodelle, wie zum Beispiel globale Forschungsfonds, die das Risiko für Arzneimittelhersteller absenken und dadurch zur Forschung animieren, oder Pay-for-Performance-Modelle, nicht nur für den Indikationsbereich der seltenen Erkrankungen, sinnvoll wären.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin intensiv für die Bekämpfung von Lieferengpässen und deren Ursachen sowie für mehr Transparenz einzusetzen und den Bundesrats-Entschließungsantrag zur Vermeidung von Lieferengpässen von Medikamenten – als Bundesratsinitiative der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz – zu unterstützen.

Begründung:

Um den vielschichtigen Ursachen der aktuellen Probleme in der Arzneimittelversorgung begegnen zu können, brauchen wir ein ganzes Maßnahmenbündel, welches gezielt bei den jeweiligen Problemen ansetzt.

In der politischen Diskussion werden derzeit einige wichtige Maßnahmen gegen Lieferengpässe beraten. Die im Bundestag im Rahmen der Beratungen zum Faire-Kassen-Wettbewerbsgesetz aktuell beschlossenen Änderungsanträge gehen in die richtige Richtung. So stellen die Kompetenzerweiterung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) oder die Übernahme der Aufzahlungen von Alternativpräparaten durch die Kassen oder die Forderungen, Hersteller und Großhändler für bestimmte Arzneimittel, die auf Listen vermerkt werden und versorgungskritisch sind, zu

einem regelmäßigen Monitoring zu verpflichten, wichtige Bausteine zur Verbesserung der derzeitigen Lage dar.

Diese Maßnahmen sind richtig, stellen aber nur erste Schritte dar. Obwohl Anstrengungen auf der nationalen Ebene wichtig sind, kann das Problem der Lieferengpässe nur auf der europäischen Ebene gelöst werden. Deshalb ist eine gemeinsame europäische Strategie in diesem Bereich von enormer Bedeutung.

Dabei ist auch die Zusammenarbeit auf allen Ebenen wesentlich. Sie fängt zwischen den unterschiedlichen Gesundheitsakteuren im deutschen Gesundheitswesen an und sollte – über die nationalen Grenzen hinweg – auch innereuropäisch fortgeführt werden. Formate wie der beim BfArM angesiedelte „Jour Fixe Lieferengpässe“ oder geplante Diskussionsformate während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 sind deshalb zu befürworten.

Gerade ältere, chronisch oder psychisch kranke Patientinnen und Patienten empfinden es als sehr belastend und verunsichernd, wenn notwendige Medikamente in der Apotheke nicht lieferbar sind. Sie sind seit Jahren auf ein bestimmtes Präparat eingestellt und müssen dieses nun kurzfristig absetzen oder werden auf ein anderes Mittel oder eine andere Dosierung umgestellt. Das Vertrauen in die Verlässlichkeit und Sicherheit unseres Gesundheitswesens wird in diesen Momenten auf eine harte Probe gestellt.

Im Zusammenhang mit Lieferengpässen wird zwar immer wieder davon gesprochen, dass die Arzneimittelversorgung in Deutschland grundsätzlich sichergestellt sei. Es ist auch korrekt, dass nicht jeder Lieferengpass gleich ein Versorgungsengpass ist. Doch um die Arzneimittelversorgung flächendeckend und nachhaltig sicherzustellen, müssen auch Lieferengpässe, die per Definition nicht als Versorgungsengpässe gelten, als relevant für die Patientinnen und Patienten erachtet werden. Auch bei nicht lieferbaren Darreichungsformen sind daher wirksame Maßnahmen nötig.

Solche Engpässe wiegen schwer für chronisch kranke Patientinnen und Patienten. Die Betroffenen sind häufig auf eine ganz bestimmte Darreichung angewiesen, weil sie nur diese anwenden oder vertragen können. Dann wird auch ein für die Versorgung scheinbar nicht relevanter Lieferengpass zu einem relevanten existenziellen Problem für Patientinnen und Patienten.

Eine hohe Transparenz über den Umfang und die Ursachen von Lieferengpässen ist die Voraussetzung für die Steuerung weitergehender Maßnahmen. Der Problematik liegen sehr unterschiedliche und zum Teil komplexe Ursachen zugrunde. Lieferengpässe sind kein allein deutsches Phänomen. Globale Lieferketten, Monopolstrukturen, also Produktionsverlagerungen auf wenige Standorte, Rohstoffengpässe in der Produktion und auch Qualitätsmängel können genauso ursächlich sein wie Marktaustritte oder Produktionseinstellungen als Folge gezielter Unternehmensstrategien. Insbesondere Wirkstoffproduktionen für wichtige Medikamente außerhalb der EU sind zunehmend zu einem großen Problem geworden.